



Neue Führer – alte Politik?

Die Präsidentenwahlen von DPJ und LDP
und ihre Auswirkungen auf Japans Politik

DR. CHRIS WINKLER
November 2012

- Premierminister Noda wurde im September 2012 als Vorsitzender der Regierungspartei DPJ (Demokratische Partei Japans) im Amt bestätigt, muss aber weiter gegen den Widerstand von Teilen seiner Partei sowie der Opposition regieren.
- Mit Abe Shinzô ist zum ersten Mal in der Geschichte der Liberaldemokratischen Partei (LDP) ein (vor fünf Jahren) zurückgetretener Parteivorsitzender erneut gewählt worden. Abe ist ein Vertreter des rechten Flügels seiner Partei und hat vor dem Hintergrund der Territorialkonflikte mit China und Südkorea im Wahlkampf die Notwendigkeit der Verteidigung des japanischen Territoriums betont.
- Die Opposition wird weiter versuchen Premierminister Noda zu einer schnellen Auflösung des Unterhauses und damit zu Neuwahlen zu zwingen.

Im September 2012 haben Japans zwei große Parteien, die regierende Demokratische Partei Japans (DPJ) und die größte Oppositionspartei, die Liberaldemokratische Partei Japans (LDP), jeweils einen neuen Vorsitzenden gewählt. Im Folgenden soll kurz dargestellt werden, welche Auswirkungen diese partei-internen Entscheidungen auf den Kurs der beiden Parteien in wichtigen Politikfeldern sowie auf die kommenden Ober- und Unterhauswahlen haben werden.

Die DPJ und Yoshihiko Nodas Wiederwahl

Die regierende Demokratische Partei Japans (DPJ) hat unter ihrem Vorsitzenden, Premierminister Yoshihiko Noda schwere Zeiten hinter sich – und mit Hinblick auf die kommenden Wahlen im Ober- und Unterhaus aller Wahrscheinlichkeit nach auch vor sich. Nach einem überwältigendem Wahlsieg bei den Unterhauswahlen 2009 regiert die DPJ seit 2010 gegen eine Oppositionsmehrheit im Oberhaus. Anders als das deutsche Grundgesetz, sieht die japanische Verfassung vor, dass alle Gesetzesinitiativen der Zustimmung beider Kammern des Parlaments bedürfen, um in Kraft zu treten.¹ Die Opposition hat diese Machtposition vor allem dazu benutzt das Regieren zu erschweren, um somit die Auflösung des Unterhauses und damit Neuwahlen zu erzwingen. Nach monatelangen Verhandlungen einigten sich DPJ, LDP und die »Partei für eine saubere Regierung« (PSR; Komeitō) auf eine Reform der Steuer- und Sozialgesetzgebung. Diese sieht u.a. die Erhöhung der Mehrwertsteuer von gegenwärtig 5% auf 10% vor. Parteiintern war diese Entscheidung sehr umstritten, weil die DPJ vor der Unterhauswahl 2009 versprochen hatte, die Mehrwertsteuer nicht zu erhöhen. Bei der Abstimmung über die entsprechenden Gesetze votierten die partei-internen Gegner der Reform gegen die eigene Parteiführung und Premierminister Noda. In der Folge verließen der ehemalige Parteivorsitzende Ichirō Ozawa und 50 ihm nahestehende Abgeordnete die DPJ. Ozawa gründete seine eigene Partei, Kokumin no Seikatsu ga Daiichi (Das Leben der Bürger zuerst). Insgesamt haben seit Dezember 2011 fast 80 Ober- und Unterhausabgeordnete die Partei ver-

lassen.² Ozawa, der bereits mit Nodas Vorgänger Kan einen politischen Machtkampf ausgefochten hatte und im September 2011 versuchte, Nodas Wahl zum Parteivorsitzenden zu verhindern, konnte somit keinen Einfluss mehr auf die Wahlen zum Parteivorsitzenden nehmen. Damit gehören die Machtkämpfe zwischen Pro- und Anti-Ozawa-Fraktion innerhalb der DPJ zwar der Vergangenheit an, aber die daraus resultierende starke Ausgangsposition Nodas machte die Wahl zu einer Abstimmung über dessen Politik und Person.

Der einzige Kandidat, der Nodas Wiederwahl hätte gefährden können, entschied sich nicht anzutreten. Gōshi Hosono, dem erst 41-jährigen Minister für Umwelt- und Atompolitik, wurden aufgrund seines Bekanntheitsgrades und seiner Telegenität gute Chancen auf den Sieg eingeräumt. Eine Gruppe jüngerer Abgeordneter, die sich durch Hosono eine bessere Chance auf eine Wiederwahl bei der nächsten Unterhauswahl versprach, bat Hosono seinen Hut in den Ring zu werfen. Mit dem Hinweis auf die noch andauernden Arbeiten am havarierten Atomkraftwerk Fukushima Dai-ichi sowie die Neuregelung der Atomaufsicht, entschied sich Hosono aber gegen die Kandidatur.³ Ein weiterer Grund für den Verzicht war sicherlich auch eine weitere Problematik: Hosono hätte sich politisch von Noda abgrenzen müssen, um seine Kandidatur zu rechtfertigen, was als Kabinettsmitglied nur schwer möglich gewesen wäre.

Nodas Gegenkandidaten waren schließlich der ehemalige Innenminister Kazuhiro Haraguchi (53) sowie die früheren Minister für Landwirtschaft und Fischerei Hirotaka Akamatsu (64), ein früheres Mitglied der 1996 aufgelösten Sozialistischen Partei Japans, und Michihiko Kano (70). Die Tatsache, dass mit Akamatsu und Kano zwei ehemalige Agrarminister, und mit Kano und Haraguchi zwei Abgeordnete aus ländlichen Gebieten gegen Noda angetreten sind, ist kein Zufall. Der Premierminister hat sich für den Beitritt Japans zu dem von den USA ins Leben gerufenen Freihandelsabkommen Trans-Pacific

1. Ausgenommen von dieser Regelung sind nur der jährliche Staatsetz, die Wahl des Premierministers sowie die Ratifizierung internationaler Verträge. In diesen Fällen ist letztendlich die Entscheidung des Unterhauses relevant.

2. MSN Sankei News (2012). »*Basu ni noriokureru na*« tomaranu ritō domino (»Verpass den Bus nicht«). Der Domino-Effekt der nicht aufgehörenden Parteiaustritte. 20. September 2012. <http://sankei.jp.msn.com/politics/news/120920/stt12092023590017-n2.htm> [Zugriff am 21. September 2012].

3. Mainichi Online (2012). *Minshu daihyōsen: shikkōbu to wakete itabasami Hosono-shi fushutsuba* (Wahl zum DPJ Parteivorsitzenden: Einklemmt zwischen Exekutive und jungen Abgeordneten, tritt Hosono nicht an), 7. September 2012, <http://mainichi.jp/select/news/20120908k0000m010089000c.html> [Zugriff am 27. September 2012].

Partnership (TPP) ausgesprochen. Vor allem der Bauernverband (Agrargenossenschaften Japans), versucht Japans Beitritt unter Verweis auf die negativen Folgen für die Landwirtschaft im Lande zu verhindern. Kano, Haraguchi und Akamatsu sprachen sich offen gegen den Beitritt Japans zum TPP aus. In Fragen der Energiepolitik waren sich die Herausforderer mit Noda über den Atomausstieg bis in die 2030er Jahre grundsätzlich einig, auch wenn vor allem Haraguchi einen schnelleren Ausstieg in Aussicht gestellt hatte. Das Hauptthema des Wahlkampfes waren Nodas Partei- und Regierungsführung. Er trage die Verantwortung, dass eine große Zahl von Abgeordneten um Ozawa die Partei verlassen hat, kritisierten seine Konkurrenten. Während Noda die Notwendigkeit von politischen Entscheidungen betonte, sprachen sich Kano, Haraguchi und Akamatsu für mehr innerparteiliche Demokratie und Einigkeit aus. Auf die Frage wie genau sie den Spagat zwischen parteiinterner Einigkeit (vor allem vor dem Hintergrund von Ozawas mangelnder Kompromissbereitschaft in der Frage der Steuererhöhung) und den Verhandlungen mit der LDP und PSR (deren Stimmen benötigt wurden, um die Gesetze im Oberhaus zu bestätigen) hätten besser meistern können als Noda, blieben alle drei Gegenkandidaten eine überzeugende Antwort schuldig. Zudem verfügte keiner der drei über einen landesweit hohen Bekanntheitsgrad oder über die Telegenität eines Hosono. Somit war die interessanteste Frage weniger »wer gewinnt« als vielmehr »wie viele Stimmen gewinnt Noda« in dieser »parteiinternen Vertrauensabstimmung«.

Bei der Wahl am 21. September waren 1231 Stimmen zu vergeben. Die 336 Ober- und Unterhausabgeordneten verfügten über jeweils zwei Stimmen, neun feststehende Kandidaten für die nächsten Wahlen über jeweils eine, lokale Abgeordnete über gesamt 141 und registrierte Parteimitglieder über insgesamt 409 Stimmen. Wie erwartet gewann Noda die Wahl klar im ersten Wahlgang. Er konnte 429 Abgeordnetenstimmen sowie 389 Stimmen von Regionalverbänden und Parteimitgliedern auf sich vereinen. Somit entfielen 818 von 1208 gültigen Stimmen auf den Amtsinhaber. Haraguchi kam auf 154, Akamatsu auf 123 und Kano auf 113 Stimmen.

Abe gewinnt heiß umkämpfte Wahl zum LDP-Vorsitzenden

Im Gegensatz zu der verhältnismäßig spannungslosen Wahl bei der DPJ bot die politische Konkurrenz einen zumindest medial interessanteren Wahlkampf, den Shinzō Abe für sich entscheiden konnte. Der 58-jährige war bereits von 2006 bis 2007 Parteivorsitzender und Premierminister, ehe er nach der Wahlniederlage bei der Oberhauswahl im Sommer 2007 von beiden Ämtern zurücktrat. In der langen Geschichte der LDP ist es somit das erste Mal vorgekommen, dass ein zurückgetretener Parteivorsitzender sich ein zweites Mal das höchste Parteiamt sichern konnte. Abe entstammt einer alten Politikerfamilie. Sein Vater Shintarō war in den 1980er Jahren Außenminister. Sein Großvater war der als mutmaßlicher Kriegsverbrecher 1945 bis 1948 vorübergehend inhaftierte Nobusuke Kishi, der Ende der 1950er Jahre für die LDP Premierminister wurde. Abe wird zum rechten Parteiflügel der LDP gezählt und gilt als einer der stärksten Befürworter einer konservativen ideologischen Agenda, die u.a. die Stärkung von »patriotischer Erziehung« und die Revision der Verfassung zum Ziel hat.⁴

Fünf Kandidaten hatten sich um den Parteivorsitz beworben. Dies gab es in der fast 70-jährigen Geschichte der Partei bisher nur einmal (2008). Die große Zahl an Bewerbern war vor allem der Tatsache geschuldet, dass der erfolgreiche Kandidat durchaus gute Aussichten hat nach der kommenden Unterhauswahl auch Premierminister zu werden. Ursprünglich hatte Sadakazu Tanigaki (67), Vorsitzender seit 2009 vor, sich im Amt bestätigen zu lassen und so die LDP zurück in die Regierungsverantwortung zu führen. Tanigaki musste jedoch feststellen, dass er die Unterstützung von einflussreichen Parteimitgliedern verloren hatte. Dazu kam, dass seine rechte Hand, Generalsekretär Nobuteru Ishihara (55) ebenfalls kandidieren wollte. Zwei Kandidaten aus der Parteiführung waren allerdings einer zu viel, und so entschied sich Tanigaki, nicht für eine zweite Amtszeit zu kandidieren. Für seine Nachfolge kandidierten neben Abe und Ishihara die ehemaligen Verteidigungsminister Shigeru Ishiba (55) und Yoshimasa Hayashi (51) sowie der ehemalige Regierungssprecher und Außenminister Nobutaka Machimura (67).

4. Winkler, Christian G. (2012). *The Quest for Japan's New Constitution*, London: Routledge, Seite 20-21.

In den Reden der Kandidaten spiegelte sich deutlich der Wunsch nach Abgrenzung von der DPJ wider. Vor allem Abe und Ishiba betonten ideologisch besetzte Themen, wie Verfassungsreform, »patriotische Erziehung« und die Notwendigkeit, japanisches Territorium gegen potentielle Invasoren zu verteidigen. Aufgrund der aktuellen Spannungen um die von Japan kontrollierten, aber auch von China und Taiwan beanspruchten Senkaku (Chn. Diaoyu) Inseln, wurde die Landesverteidigung sehr schnell zu einem zentralen Wahlkampfthema. Hier profilierten sich vor allem Abe und Ishiba, die u.a. den Aufbau von Marineinfanterieeinheiten forderten.⁵ Einigkeit herrschte in der Frage nach einer Änderung der gegenwärtigen Interpretation der japanischen Verfassung. Japan solle in die Lage versetzt werden sein Recht auf kollektive Selbstverteidigung wahrzunehmen. Die gegenwärtige Interpretation der Verfassung verbietet die Ausübung desselben. Unter anderem durch diese Änderung sollen die Beziehungen mit den USA vertieft und China abgeschreckt werden. Dies steht allerdings im Widerspruch zu der ablehnenden Haltung gegenüber dem von Washington geforderten Beitritt Japans zum Freihandelsabkommen TPP. Wie in der DPJ, ist auch in der LDP der Widerstand gegen TPP sehr stark. Alle fünf Kandidaten lehnten die darin geforderte Abschaffung aller Zölle ab und forderten, in Einklang mit traditionellen Parteipositionen, den Schutz der heimischen Landwirtschaft, die vor allem im ländlichen Raum aufgrund der Wahlkreisgeometrie nach wie vor eine wichtige Wählerklientel darstellt (auch wenn die Landwirtschaft nicht einmal mehr 2% der japanischen Wirtschaftsleistung ausmacht). Weiterhin sprachen sich alle fünf Kandidaten gegen den von der DPJ-Regierung angepeilten Atomausstieg bis in die 2030er Jahre aus. Zudem hatte die Partei bereits vor der Wahl einen Plan verabschiedet, der Investitionen in Höhe von ca. zwei Billionen Euro in öffentliche Bauprojekte vorzieht, um Japans Infrastruktur resistenter gegen Naturkatastrophen zu machen. Kritiker sehen darin eine Rückkehr zur traditionellen Klientelpolitik⁶ durch die sich die LDP über Jahrzehnte hinweg die Unterstützung in ländlichen Regionen gesichert hatte.

5. Yomiuri Online (2012). *Abe, Ishiba-shi »kaiheitai wo« Ishihara, Hayashi ha shinchō* (Abe, Ishiba fordern »Marineinfanterie«, Ishihara, Hayashi zurückhaltend), 24. September 2012, <http://www.yomiuri.co.jp/politics/news/20120924-OYT1T00400.htm> [Zugriff am 27. Spetember 2012].

6. Mainichi Shimbun (2012). *Shasetsu: Shinsōsai ni Abe-shi »furui jimintō« ni hikikaesu na* (Kolumne: Abe wird neuer LDP-Vorsitzender; Bitte kein Zurück zur »alten LDP«). Morgenausgabe. 27. September 2012, Seite 5.

Umfragen vor der Wahl hatten einen Dreikampf zwischen Ishihara, Ishiba und Abe vorausgesagt. Unter den von einer großen Tageszeitung befragten Parteimitgliedern hatten sich 37% für Ishiba, 21% für Abe und 20% für Ishihara, den Sohn des populären, aber wegen seiner nationalistischen Gesinnung umstrittenen Gouverneurs von Tokyo, Shintarō Ishihara, ausgesprochen.⁷ Insgesamt waren 499 Stimmen zu vergeben, 199 entfielen auf Parlamentsabgeordnete und 300 auf die Vertreter von Präfekturverbänden und Parteimitgliedern. Bei der Wahl am 26. September erreichte Ishiba im ersten Wahlgang 199 Stimmen, Abe 141, Ishihara 96, Machimura 34 und Hayashi 27 von 497 gültigen Stimmen. Da keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die notwendige absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen konnte, kam es zum ersten Mal seit 40 Jahren wieder zu einer Stichwahl. Diese konnte Abe mit 109 zu 89 für sich entscheiden. In der Stichwahl durften lediglich die Parlamentsabgeordneten, nicht aber die Vertreter der Präfekturverbände und Parteimitglieder abstimmen. Dies war für Ishiba, der in der Vergangenheit immer wieder die Führung der partei-internen Faktionen kritisiert und sich somit bei vielen einflussreichen Abgeordneten unbeliebt gemacht hatte, ein klarer Nachteil. Ishibas Popularität – er hatte im ersten Wahldurchgang 55% der Stimmen der Parteimitglieder gewonnen – veranlasste Abe allerdings, seinen Konkurrenten zum Generalsekretär und damit zum zweitmächtigsten Mann in der Partei zu machen.

Ausblick auf die kommenden Parlamentswahlen

Inwieweit die Wieder- bzw. Neuwahlen der Vorsitzenden Einfluss auf den Termin und den Ausgang der Unterhauswahl haben werden, bleibt abzuwarten. Die LDP und die anderen Oppositionsparteien werden weiterhin auf eine schnelle Auflösung des Unterhauses drängen, während die DPJ versuchen wird, die Neuwahl soweit wie möglich hinauszuzögern. Vor dem Hintergrund der Enttäuschung des Wählers nach den (zu) hohen Erwartungen an die DPJ vor drei Jahren, scheint eine Niederlage der Regierungspartei unausweichlich.

7. Yomiuri Online (2012). *Ishiba, Abe, Ishihara seru, kessen tōhyō e --- Yomiuri chōsa* (In Richtung Kampfabstimmung zwischen Ishiba, Abe und Ishihara --- Yomiuri Umfrage). 17. September 2012. <http://www.yomiuri.co.jp/politics/news/20120917-OYT1T00104.htm> [Zugriff am 19. September 2012].

Die erneute Ernennung von Azuma Koshiishi zum DPJ-Generalsekretär gilt vielen als Zeichen, dass Noda sich mit der Auflösung des Unterhauses und dem Ansetzen von Neuwahlen Zeit lassen wird. Koshiishi hatte sich in der Vergangenheit mehrfach gegen Wahlen vor Ende der regulären Legislaturperiode im August 2013 ausgesprochen. Dies könnte dazu führen, dass das Parlament durch die unterschiedlichen Mehrheitsverhältnisse in beiden Kammern de facto handlungsunfähig wird, wenn die Opposition, wie in der Vergangenheit mehrfach geschehen, ihre Mehrheit im Oberhaus nützt, um Gesetzesinitiativen der Regierung zu blockieren. Noda muss jedoch noch an einer weiteren Front kämpfen: Nach wie vor gibt es in der Partei Kräfte, die Ozawa nahestehen und/oder Nodas Initiativen, wie dem Beitritt zum TPP, kritisch gegenüberstehen. Sollten nur fünf dieser Abgeordneten dem Premierminister die Gefolgschaft verweigern, könnte die Opposition das Kabinett Noda durch ein Misstrauensvotum im Unterhaus zu Fall bringen.

Auch wenn es gegenwärtig so scheint, dass eine Unterhauswahl eine Verschiebung der Sitzverteilung zu Gunsten der LDP und zu Ungunsten der DPJ zur Folge haben dürfte, ist eine Prognose sehr schwer abzugeben. Umfragen zufolge ist die Unterstützung für die LDP zwar höher als für die DPJ, aber fast die Hälfte der Befragten gab an, keine Partei zu unterstützen.⁸ Daher wird sehr viel davon abhängen, wie viele dieser Wähler auf der Suche nach einer Alternative zu den beiden großen Parteien ihre Stimme der Restorations-Partei Japan (Nippon Ishin no Kai) geben werden, die im September vom populären Bürgermeister von Osaka, Tōru Hashimoto, gegründet wurde.

Auswirkungen auf wichtige Politikfelder

Auch wenn weite Teile der Bevölkerung einen schnellen Ausstieg oder zumindest eine schrittweise Reduzierung des Anteils der Atomkraft am Energiemix

unterstützen,⁹ ist unklar inwieweit eine neue Regierung nach der nächsten Wahl sich an die Entscheidung Nodas und der DPJ gebunden fühlen wird, alle Atomkraftwerke bis in die 2030er Jahre vom Netz zu nehmen. Nachdem Abe und Ishiba bereits während des Rennens um die LDP-Präsidentschaft den von der DPJ angepeilten Ausstieg bis in die 2030er Jahre für unrealistisch erklärt haben, besteht durchaus die Möglichkeit, dass diese Entscheidung zumindest teilweise revidiert wird.

Ein weiteres heißes Eisen wird wohl das Freihandelsabkommen TPP bleiben. Wie bereits erwähnt, ist der Widerstand gegen die Aufnahme von Verhandlungen über Japans Beitritt vor allem für Abgeordnete aus ländlichen Gebieten ein rotes Tuch. Das Kabinett Noda hat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen aus Rücksichtnahme auf die starke Kritik an dem Abkommen bereits mehrfach verschoben. Andererseits werden sowohl die großen Wirtschaftsverbände, allen voran der einflussreiche Industrieverband Keidanren sowie die US-Regierung in Washington weiter Druck auf die Regierung ausüben, damit die japanische Regierung den Beitritt forciert. Wie bereits erwähnt, für Noda ist das Abkommen nach der Steuererhöhung und der Zukunft der Atomkraft die nächste große Herausforderung: Zögert er die Aufnahme von Verhandlungen weiter hinaus, riskiert er einen Streit mit dem wichtigsten Bündnispartner und den mächtigen Wirtschaftsverbänden. Hält er an der Aufnahme der Verhandlungen fest, riskiert er weitere Parteiaustritte und damit den Verlust seiner inzwischen hauchdünnen Parlamentsmehrheit.

Auch die momentan stark angespannten Beziehungen zu den Nachbarländern werden weiter ein Thema bleiben. Nachdem das Kabinett Noda drei Inseln der Senkaku-Gruppe von deren langjährigen Besitzer, einem japanischen Privatmann, erworben hatte, kam es in der Volksrepublik China zu teilweise gewalttätigen Demonstrationen, die sich u.a. gegen Geschäfte und Fabriken japanischer Unternehmen vor Ort richteten. Die Volksrepublik beansprucht ebenso wie Taiwan die Inselgruppe für sich. Sollte Abe seine Versprechen aus dem Wahl-

8. Jüngsten Umfragen zufolge unterstützen 20,1% der Befragten die LDP und nur 16,7% die DPJ. NHK (2012). *Seiji ishiki getsurei chōsa* (Monatliche Umfragen zur politischen Gesinnung). <http://www.nhk.or.jp/bunken/yoron/political/index.html> [Zugriff am 26.9.2012].

9. Jüngsten Umfragen zufolge wünschen sich 38% der Befragten, dass bis 2030 alle Atomkraftwerke vom Netz gehen, 38% wollen den Anteil der Atomkraft am Energiemix auf 15% beschränken, während 17% diesen Anteil bei 20-25% halten wollen. Zum Vergleich, vor dem Unfall im Fukushima-Daichi lag der Anteil der Atomkraft am erzeugten Strom bei 30%. Yomiuri Online (2012). *2012nen8gatsu denwa yōron chōsa* (Telefonisch durchgeführte Meinungsumfragen vom August 2012). 12. August 2012. <http://www.yomiuri.co.jp/feature/fe6100/koumoku/20120813.htm> [Zugriff am 20. September 2012].

kampf wahrnehmen und nach einem möglichen Wahlsieg versuchen, Japans Ansprüche über die Inseln durch den Bau eines Hafens und Leuchtturms zu zementieren und zum Schutz japanischen Territoriums ein japanisches Pendant zu den Marineinfanteristen der US-Streitkräfte aufzubauen, dürfte dies den Konflikt weiter verschärfen. Inwieweit der Hinweis auf die Erfassung der Inseln im japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag abschreckende Wirkung auf China hat ist fraglich, zumal die kommunistische Partei bereits jetzt Probleme hat, den von ihr geförderten Nationalismus unter Kontrolle zu bekommen.

Eine Lösung des Konfliktes mit Südkorea um die Insel Takeshima (Kor. Dokdo) ist ebenso wenig in Sicht. Japan bezichtigt Südkorea der unrechtmäßigen Besetzung der Insel, während Südkorea die Insel als Teil seines Territoriums ansieht. Hinzu kommen die sehr unterschiedlichen Auffassungen über die jüngere Geschichte, wie unter anderem der Streit um die sogenannten »Trostfrauen«. Abe hat deutlich gemacht, dass er die Entschuldigung des ehemaligen Regierungssprechers Yōhei Kōno an die Frauen als Opfer von Zwangsprostitution durch die japanische Armee bis 1945 revidieren will,¹⁰ weil es für die Existenz einer durch den japanischen Staat oder die Armee organisierten Zwangsprostitution keine schriftlichen Beweise gäbe (so auch eine offizielle Erklärung Abes als Premierminister 2007). Die südkoreanische Seite hingegen fordert von der japanischen Regierung eine Entschuldigung sowie Entschädigungszahlungen. Sollte Abe nach der nächsten Wahl erneut Premierminister werden, dürften sich der Konflikt um den Umgang mit der Kriegsvorgangeneit ebenso wie territoriale Streitigkeiten erneut verschärfen.

10. Mainichi Shimbun (2012). *Gaikō, anpo: »kizen to taiō« kyōchō* (Außen- und Sicherheitspolitik: Betonung von »resoluter Reaktion«). Morgenausgabe. 27. September 2012, Seite 4.



Über den Autor

Chris Winkler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Japanstudien (DIJ) in Tokyo. Seine Forschungsinteressen sind die Debatte um eine Reform der Japanischen Verfassung sowie die japanische Ideengeschichte der Nachkriegszeit. Er ist Autor von *The Quest for Japan's New Constitution* (Routledge, 2010) und Co-Autor von *Analyse Politischer Systeme: Japan* (Wochenschau Verlag, 2012).

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westeuropa/Nordamerika
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth | Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
www.fes.de/international/wil | www.fes-japan.org

Kontakt:
ID-INFO-WENA@fes.de

Das FES-Büro in Tokyo, Japan

Japan ist für Deutschland ein wichtiger Partner in Asien. Die beiden Länder sind wichtige Akteure auf der internationalen Bühne und sehen sich mit ähnlich gelagerten politischen, sozialen, wirtschaftlichen und Umwelt-Problemen konfrontiert.

Das Tokyoter Büro der FES fördert den japanisch-deutschen Dialog, engagiert sich für den multilateralen Dialog zwischen ostasiatischen, europäischen und nordamerikanischen Akteuren und trägt zum Ausbau japanisch-europäischer Netzwerke in Politik, Bürgergesellschaft und Wissenschaft bei. An den Aktivitäten des Tokyoter Büros der FES ist breites Spektrum von Vertretern aus Politik und Bürgergesellschaft beteiligt, wissenschaftlicher Austausch wird durch die Förderung von Symposien und Workshops angestrebt.

Die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Arbeit sind Sicherheits- und Klima- bzw. Energiepolitik, erstrecken sich aber auch

auf soziale Fragen wie den demographischen Wandel in Japan und Deutschland, den hohen Stand der Staatsverschuldung in den Industriestaaten sowie damit zusammenhängende wirtschaftliche Fragen wie die Entwicklungen auf dem japanischen Arbeitsmarkt sowie Fragen des Verbraucherschutzes. Weiterhin sind Debatten über die Aufarbeitung der Kriegsvorgänge sowie über Geschichtserziehung in Europa und Ostasien Teil unseres Projekts.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Deutsches Kulturzentrum
7-5-56 Akasaka, Minato-ku
J Tokyo, 107-0052
Japan

Tel: 0081-(0) 3-6277-7551
Fax: 0081-(0) 3-3588-6035
E-Mail: office@fes-japan.org
www.fes-japan.org

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.


EFQM
Committed to excellence

ISBN 978-3-86498-341-2